

Zu den zahlreichen Aufgaben im Zuge der Umsetzung des Friedensvertrages gehört auch der Schutz ehemaliger FARC-Kämpfer vor Attentaten.

Hierzu die Tageszeitung EL TIEMPO am 21.12.2016:

Das nächste Projekt: Eine Kommission zum Schutz früherer FARC-Mitglieder

Die Gründung einer Nationalen Kommission für Sicherheitsgarantien, die vom Friedensabkommen vorgesehen ist, stellt eine weitere Priorität der Regierung dar, die sie im sog. „Fast Track“, dem beschleunigten Gesetzgebungsverfahren, in den Kongress einbringen muss.

Innenminister Juan Fernando Cristo gab diese Woche bekannt, man werde „in der Vorgehensweise der speziellen Gesetzgebung“ den Gesetzentwurf zur Gründung der Kommission einbringen. Die Schaffung dieses Gremiums wird von Mitgliedern der Guerrilla angemahnt angesichts der Welle von Mordanschlägen auf Führer sozialer Bewegungen und angesichts der Anzeigen, nach denen sich nahe der 27 Punkte, an denen sich FARC-Mitglieder bis Ende Dezember zur Entwaffnung einfinden sollen, bewaffnete Gruppen aufhalten.

Es geht um ein Gremium auf hoher Ebene, dem der Präsident der Republik vorsitzen wird. Darin vertreten werden außerdem vertreten sein: Die Minister für Verteidigung und des Innern, die Oberkommandierenden der Polizei und der Streitkräfte sowie zwei Vertreter von Menschenrechtsorganisationen.

Der Kommission wird es obliegen, die Gruppen zu zerschlagen, die sich als Nachfolger der Paramilitärs gebildet haben und die die Implementierung der Friedensvereinbarungen bedrohen oder die Gewalttaten gegen soziale und politische Bewegungen verüben, wie z.B. jene, die von der Guerrilla gebildet werden wird, wenn die Waffen niedergelegt sind.

Minister Cristo sagte, es gebe keine Beweise, dass eine Organisation von nationaler Verbreitung hinter der Verfolgung ziviler Führer stehe und dass 68% der Haushaltsmittel für die Nationale Schutzeinheit vorgesehen seien.

Er stellte ebenfalls klar, dass in Nariño, Cauca, Norte de Santander, Meta und Antioquia, den Departements, die unter dem Gewaltphänomen am meisten leiden, man sich besonders konzentrieren werde auf Prävention, Schutz und Ermittlungen in Fällen von Drohungen gegen diese Führer.

„Die Mehrzahl der Fälle betrifft Führer sozialer Bewegungen, die in ihren Territorien z.B. gegen den illegalen Abbau von Bodenschätzen kämpfen“, versicherte er.

Er machte diese Ausführungen bei einem Forum des Zentrums für Gerechtigkeit und Internationales Recht (Ceji), welches die Abfassung eines Protokolls leitet, das zur Orientierung der Ermittlungen wegen Bedrohungen gegen soziale Führungspersonen erstellt wird.